

# Holzarbeiter Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 36

Berlin, den 3. September 1932

40. Jahrgang

## Ist die Wirtschaft sozialisierungsreif?

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gleich bei ihrem ersten Zusammentritt eine ganze Reihe von Sozialisierungsanträgen für die Gesetzgebung angemeldet: die Verstaatlichung der Schwerindustrie und der Großbanken; ein Bankenamt für das gesamte Bankwesen; Staatsmonopole für einzelne Wirtschafts- und Handelszweige; Enteignung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes zugunsten von Landarbeitergenossenschaften und bäuerlichen Siedlern; Vereinheitlichung der öffentlichen Wirtschaft; staatliche Kartell- und Monopolkontrolle und als zentrale Spitze für alle Sozialisierungsmaßnahmen die Errichtung einer Planwirtschaftsstelle.

Wie zu erwarten war, hat die bürgerliche Presse von diesen Anträgen mit dem Bemerkenswerten Kenntnis genommen, daß die Sozialdemokratie damit nur bekunde, daß sie in der politischen Oppositionsstellung dem Bedürfnis zu „hemmunglosen Agitationsanträgen“ nicht widerstehen könne, und daß es sich auch wohl nur darum handele, den „Sozialismus“ der Nazipartei zu entlarven.

Wer den sozialdemokratischen Vorstoß so einschätzt, ist gründlich im Irrtum. Schon lange vor der Reichstagswahl und noch unter dem alten politischen Regime haben sich die freigewerkschaftlichen Zentralinstanzen in langen Beratungen auf ein wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm für den Umbau der Wirtschaft geeinigt, das alle die Forderungen enthält, die jetzt von der sozialdemokratischen Fraktion zum Anlaß einer parlamentarisch-gesetzgeberischen Aktion gemacht worden sind. Die Anträge gehen also von der Annahme aus, daß nach der gegenwärtigen Lage weitgehende Sozialisierungsmaßnahmen möglich sind.

**Die Sozialisierungsreife einer Volkswirtschaft hängt von zwei Voraussetzungen ab:**

Von dem Grad der ökonomischen Entwicklung und vom Willen des Volkes. Der letztere Punkt fängt an, der Bourgeoisie Sorgen zu machen. Sie hat mit heller Begeisterung Geld und Sympathien über die Nazibewegung ausgeschüttet und deren sozialistische Phraseologie als einen harmlosen Schönheitsfehler mit in Kauf genommen. Aber nun zeigt sich bereits, daß die Agitationsfahne der „tiefen antikapitalistischen Sehnsucht“ nicht einfach wieder eingezogen werden kann, nachdem sie ihre propagandistische Aufgabe erfüllt hat, daß vielmehr unter dem Hakenkreuz beachtliche Strömungen bemerkbar werden, denen es mit einem Umbau der Wirtschaft bitter ernst ist. Aus sehr begreiflichen Gründen sträuben sich die Naziführer, in das Joch der

Verantwortung zu kriechen, weil sie dann Farbe bekennen müßten, wie sie sich in Wirklichkeit zum Sozialismus stellen. Auf die Dauer aber werden sie dieser Entscheidung nicht ausweichen können, und dann wird sich vermutlich zeigen, daß nach Abzug der Scheinsozialisten noch so viel für den echten Sozialismus übrigbleibt, daß an der sozialistischen Volksmehrheit nicht mehr zu zweifeln ist.

**Wie steht es mit der ökonomischen Sozialisierungsreife?**

Man muß dabei bedenken, daß die Massen vom Sozialismus eine Verbesserung ihrer materiellen Lage erwarten, nicht in einer fernen Zukunft für spätere Generationen, sondern für sich selbst in der Gegenwart. Die Umwandlung der Wirtschaft muß also die Aussicht bieten, alsbald den allgemeinen Lebensstandard verbessern zu können. Das ist nach der gegebenen Situation nur möglich, wenn der volkswirtschaftliche Ertrag gesteigert werden kann.

**Als am Ende des Weltkrieges der Arbeiterklasse eine große politische Machtfülle zufiel, war diese Aussicht ganz bestimmt nicht vorhanden.**

Der Produktionsapparat war desorganisiert, zertrümmert. Es herrschte ein völliger Mangel an Warenvorräten, an Rohstoffen und Lebensmitteln. Damals mußten alle Kräfte und Möglichkeiten angespannt werden, nur um das deutsche Volk mit dem nackten Leben über diese Zeit des absoluten Mangels hinwegzubringen. Der Versuch, gleichzeitig eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, hätte in einer furchtbaren Katastrophe enden müssen.

Wie schwierig es unter solchen Verhältnissen ist, ein neues Wirtschaftssystem einzuführen, das ist sehr deutlich an den Leidensstationen der russischen Revolution zu erkennen. Im Oktober 1917 vollzog sich der bolschewistische Umsturz. Im Dezember wurde der Zentrale Volkswirtschaftsrat errichtet und mit der Aufgabe betraut, die wirtschaftliche Neuorganisation durchzuführen. Aber trotz verzweifelter Anstrengungen blieb der Wirtschafts-ertrag Jahre hindurch katastrophal niedrig. Nach der amtlichen russischen Statistik wurden zum Beispiel im Jahre 1916 im Donezbecken 1751000 Pud Kohle gefördert, im Jahre 1919 dagegen nur 330000 Pud, und im folgenden, im dritten Jahre der Neuordnung, sank der Ertrag noch weiter auf 276000 Pud. Die Gudeisenerzeugung hatte im ersten Halbjahr 1913 129 Millionen Pud betragen, im ersten Halbjahr 1920 konnten nur 1,7 Millionen Pud erreicht werden. Die Textilindustrie war von 17 Millionen Pud Gewebe im Jahre 1910 auf 2,7 Millionen Pud im Jahre 1920 ge-

sunken. Trotz aller Bemühungen, wenigstens die landwirtschaftliche Erzeugung intakt zu halten und zu steigern, ging auch hier der Ertrag zunächst immer weiter zurück. In den ersten drei Jahren nach der Revolution verminderte sich auch die Anbaufläche um 27 Prozent.

Ein Agrarland wie Rußland, wo mehr als 85 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft immerhin einigen Schutz gegen das buchstäbliche Verhungern genießen, ist schließlich noch in der Lage, einen solchen Elendsweg zum Sozialismus zu gehen, wie er dort eingeschlagen wurde und noch lange nicht zu Ende gegangen ist. Das deutsche Volk stand am Ende des Krieges auf einer so tiefen Stufe der Entbehrungen, daß jeder Versuch, es durch Sozialisierungsexperimente in ein noch tieferes Tal des Elends hineinzuführen, unweigerlich in einer offenen Rebellion erstickt worden wäre.

**Nach marxistischer Erkenntnis ist es die historische Aufgabe des Kapitalismus, die Wirtschaft sozialisierungsreif zu machen.**

Trotz des politischen Sieges der Arbeiterklasse in der Revolution verblieb deshalb die Lösung der ökonomischen Frage, die Wiederherstellung der technischen Grundlagen für die Volkswirtschaft, zunächst noch beim Kapitalismus. Heute ist diese Aufgabe gelöst. Sie ist so glänzend gelöst, daß wir heute über einen Produktionsapparat verfügen, viel größer und leistungsfähiger, als er je da war. Nun er diese Arbeit vollendet hat, ist der Kapitalismus aber auch am Ende seines Lateins. Nun zeigt sich zum Erschrecken aller Bevölkerungsschichten, daß der Kapitalismus zwar eine unerhörte Aktivität entfalten kann, wenn es gilt, Kapitalgüter aufzubauen, daß er aber absolut versagt, wenn es gilt, die vergrößerten Produktionsmöglichkeiten in eine bessere Versorgung der Menschen umzuwandeln. Er ist ein Sklave seiner eigenen Gesetze, die ihn zwingen, die Gesamtwirtschaft in Untätigkeit zu halten, wenn für neue Investitionen der Bedarf ausgegangen ist.

Die Frage nach der Sozialisierungsreife kann nach der gegenwärtigen Situation mit gutem Gewissen bejaht werden. Das bedeutet nicht, daß nun mit einem Schlage oder innerhalb weniger Monate die Vollsozialisierung der Gesamtwirtschaft durchgeführt werden könnte. Aber die wichtigsten Kommandostellen der Wirtschaft, die Grundindustrien, die Banken und die privatwirtschaftlichen Monopole können sofort in die öffentliche Hand gelegt und weitere Sozialisierungsmaßnahmen ins Werk gesetzt werden, ohne daß ein Rückgang des

Wirtschaftsertrages befürchtet werden müßte. Im Gegenteil, mit Sicherheit kann angenommen werden, daß schon während der Umwandlung eine wesentliche Vergrößerung des Wirtschaftsvolumens erzielt wird. Die Fülle der brachliegenden Produktionsmittel, Rohstoffe und Arbeitskräfte ist so groß, daß das Zusammenfügen zu produktiver Arbeit nicht einmal ein besonderes Organisationstalent erfordert. Es genügt, daß der Wirtschaft direkte Aufgaben zugewiesen werden, um sie zum schnellen Aufblühen zu bringen.

**Die Gegenwart zeichnet sich dadurch aus, daß ein Höchststand von Produktionsmöglichkeiten verbunden ist mit einem unerhörten Tiefstand an tatsächlicher Produktion.**

Das Produktionsproblem ist gelöst. Die Hemmung der Wirtschaft beruht nur noch darauf, daß das Verteilungsproblem ungelöst geblieben ist. Das ist die Situation, in der der Sozialismus dem Kapitalismus unbestreitbar weit überlegen ist, und darum sind jetzt die ökonomischen Bedingungen für sozialistische Wirtschaftsgestaltung günstiger als sie jemals waren. Nicht nur für den Augenblick, in dem der Kapitalismus hilflos einer Krise mit unerhörter Unterproduktion und Unterversorgung verfallen ist, wäre die gesellschaftliche Wirtschaftsorganisation der kapitalistischen Welt überlegen. Auch auf lange Sicht gesehen, unter Berücksichtigung der weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen, bricht sich immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß der weitere wirtschaftliche Fortschritt unter einer gesellschaftlichen Planwirtschaft sehr viel bessere Aussichten hat als bei der Beibehaltung des kapitalistischen Systems.

Es ist eine andere Frage, in welchem Tempo sich die politische Willensbildung und Machtgestaltung dieser Erkenntnis anpassen wird. Das Gesamtbild des politischen Lebens zeigt bereits

**die Zerstörung der bewußt kapitalistischen Ideologie bei der überwältigenden Mehrheit des Volkes.**

Noch sind breite Schichten darunter, die mit der Ablehnung der kapitalistischen Ordnung nicht auch schon eine bewußte, klare sozialistische Ideologie verbinden. Noch können die Klopffechter des Kapitalismus diese Verwirrung ausnutzen, um unter einer scheinsozialistischen Maske diese Schichten in die Irre zu führen. Aber wie lange kann ihnen dieses Spiel noch gelingen?

Trotz der politischen Zertahrenheit unserer Zeit und trotz mancher Irrungen und Wirrungen, die sich noch einstellen können, darf man hoffen, daß der Weg zum Sozialismus kürzer sein wird, als man früher vermutet hat. Fritz Tarnow.

# Gewerkschaften und Reichsregierung

Unter diesem Titel beschäftigt sich die „Gewerkschafts-Zeitung“, das Wochenblatt des ADGB, mit Gerüchten und Legenden über angebliche Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Regierung Papen-Schleicher. Sie schreibt:

Die Unbestimmtheit der politischen Verhältnisse und Machtbestrebungen in Deutschland, die nach dem Empfang Hitlers beim Reichspräsidenten am 13. August und nach der Abweisung der nationalsozialistischen Ansprüche zurückgeblieben ist, gibt der politischen Legendenbildung und dem Auftreten von Gerüchten über Pläne der regierenden Kreise zur Gestaltung der politischen Führung im Reiche begreiflicherweise weiten Spielraum. Täglich beschäftigt sich ein großer Teil der Presse mit diesen Dingen, jedoch nur ein geringer Teil der Notizen und Artikel zu diesem Thema hat eine gewisse Bedeutung als Versuchsballon der interessierten Parteien und Machtgruppen.

Wir hätten keinen Anlaß, von diesen journalistischen Rätselspielen Notiz zu nehmen, wäre nicht in den Betrachtungen der Presse, auf die wir uns beziehen, mehrfach auch der Gewerkschaften gedacht worden. Selbst die Stimmung der Berliner Börse soll, wie am 22. August die Handelszeitungen meldeten, durch Gerüchte über Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Gewerkschaften beeinflusst worden sein. Welchen Zweck diese Verhandlungen haben sollen, liest man an anderer Stelle und in anderem Zusammenhange. Es zeigt sich, heißt es, von der Seite der Regierung her „das Bestreben, die Gewerkschaften teils als Brücke zu den Parteien zu benutzen, teils gegen die Parteien auszuspielen“ — ohne daß angegeben wird, auf welche Gewerkschaften und welche Parteien diese Bemerkung zielt. Ein Berliner Montagsblatt glaube den Umstand, daß bei der Absetzung der preußischen Staatsbeamten in höheren Stellungen bisher einige Personen verschont blieben, die aus den Gewerkschaften hervorgegangen sind, als Zeichen

für ähnliche Bestrebungen deuten zu müssen; das Blatt hat anscheinend der brüskten Entlassung Wissells nicht gedacht, der als Person wie in seinem Amt als Schlichter zu den Gewerkschaften in engster Beziehung stand. Am weitesten wagt sich die „Rote Fahne“ vor. Sie berichtet über einen Plan zur Bildung eines Kabinetts Schleicher-Strasser-Stegerwald, aber hierbei folgt sie Gerüchten, die in anderen Zeitungen ihren Niederschlag bereits früher gefunden hatten. Originell ist die „Rote Fahne“ nur in ihrer Spezialität, in der Verleumdung der Gewerkschaften und ihrer Führer; denn sie fügt ihren Nachrichten über die angeblich geplante Regierungskonstellation Schleicher-Strasser-Stegerwald hinzu, daß die „Tolerierung“ dieser Regierung durch die SPD, und die Gewerkschaften schon beschlossene Sache sei. Da die SPD, bereits Beschlüsse gefaßt hat, die in ihrer oppositionellen Stellung zu jeder Rechtsregierung keinen Zweifel zulassen, wird sich zwar niemand vorstellen können, was eine solche Regierung dem Reichstage gegenüber mit einer „Tolerierung“ durch die Gewerkschaften anfangen könnte, aber der verleumderischen Phantasie der „Roten Fahne“ sind solche Grenzen der Logik eben nicht gesetzt.

Um es kurz zu machen, lassen wir es bei diesen Beispielen von Zeitungsnachrichten der eingangs gekennzeichneten Gattung bewenden. Aber wir erklären nachdrücklichst, daß der ADGB, allen Kombinationen über Machtbildungen an der Spitze des Reiches absolut fernsteht und an Verhandlungen über die Bildung einer neuen oder die Umbildung der gegenwärtigen Regierung unbeteiligt ist. Wenn wir die Art der Anteilnahme des ADGB, an der Gestaltung der politischen Führung im Reiche kennzeichnen sollen, so müssen wir feststellen, daß der ADGB, nur von dem einen Bestreben geleitet ist, seine Unabhängigkeit von jeder Regierung, wie immer sie beschaffen sei, in vollem Umfange sicherzustellen.

und Mietbeihilfen an bedürftige Mieter in Alt- und Neubauwohnungen. Andere die Aufhebung der Beschaftigtensteuer, dafür Einführung von Notabgaben für hohe Einkommen und Vermögen, Erhöhung der Umsatzsteuer für Luxusgegenstände auf 10 Prozent, Verschärfung der Besitzsteuererhebung.

Große Befriedigung wird der Antrag auf Streichung der Fürstenabfindungen bei den werktätigen Massen finden. Die Schlösser, Güter, Forsten und sonstiger Grundbesitz sowie Kunstsammlungen der ehemaligen Fürsten und standesherrlichen Familien sollen entschädigungslos zugunsten der Kriegsoffer enteignet werden.

Auch der folgende Antrag wird fast allgemein Zustimmung finden: Alle Gehälter in Staat, Länder und Gemeinden, in öffentlichen Unternehmungen und in solchen Unternehmungen, die vom Staat gestützt werden, dürfen die Höchstgrenze von 12.000 Mk. jährlich nicht übersteigen. Für alle Pensionen soll die Höchstgrenze 6000 Mk. sein.

Der Reichstag hat also Arbeit in Hülle und Fülle, sofern er arbeitswillig und arbeitsfähig ist. Das ist aber stark zu bezweifeln: An dem Tage, an dem diese Zeilen in Druck gehen, läßt sich die Lage noch nicht klar übersehen. Es ist sehr

wahrscheinlich, daß jene Stimmen recht haben, die dem Reichstag vom 31. Juli nur eine ganz kurze Lebensdauer prophezeien. Sie rechnen mit einer neuen Reichstagsauflösung, und zwar bevor die große Mehrheit der Abgeordneten der Papen-Schleicher-Regierung ihr Mißtrauen ausspricht.

Über das, was dann werden soll, spuken allerhand Pläne. In den Zeitungen der Rechtsparteien propagiert man ganz ungeniert den Staatsstreich. Die Regierung Papen-Schleicher soll gegen den Willen des Reichstags weiter im Amt bleiben, sie soll das Wahlrecht so verschlechtern, daß eine bürgerlich-reaktionäre Parlamentsmehrheit von vornherein sicher ist, und dann eine neue Nationalversammlung wählen lassen, die aus der Republik wieder ein Kaiserreich macht. Was an diesen Plänen ernst zu nehmen und was davon gefährliche Phantasie ist, werden die nächsten Tage zeigen. Vielleicht ist die Entscheidung schon gefallen, wenn diese Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ in die Hände ihrer Leser kommt. Möge diese ausfallen wie sie wolle: die Gewerkschaften werden gegen alle, die der Arbeiterschaft ihr Lebens- und Organisationsrecht bestreiten wollen, den Kampf aufnehmen. Sie werden, sind und bleiben Hort und Schutz der arbeitenden Bevölkerung.

# Lehrlingshaltung im badischen Handwerk

Das Badische Landesgewerbeamt veröffentlicht eine Übersicht über die Zahl der Handwerksbetriebe und der in ihnen beschäftigten Gesellen und Lehrlinge. Die Zahl der Betriebe ist seit dem Jahre 1927 ziemlich stabil geblieben, dagegen ist die Zahl der Gesellen und Lehrlinge stark zurückgegangen. Jeweils am 1. Oktober ergaben sich folgende Zahlen:

Jahr	Handwerksbetriebe	Gesellen	Lehrlinge	Unter 100 Beschäftigten Lehrlinge
1927	57.579	63.880	32.333	21,0
1928	58.088	57.631	31.829	21,6
1929	59.145	62.625	31.012	20,3
1930	57.585	48.269	26.205	19,8
1931	58.170	35.489	22.409	19,3

In der vorstehenden Tabelle ist die letzte Rubrik von uns angefügt. Wir haben für jedes Jahr die Zahl der Meister, Gesellen und Lehrlinge addiert und den auf die Lehrlinge entfallenden Anteil berechnet. Hier nach waren unter je 100 Beschäftigten im Jahre 1927 noch 21 Lehrlinge; dieser Anteil ist im Jahre 1931 auf 19,3 zurückgegangen. Bei einem solchen Vergleich kommt der Rückgang in der Lehrlingshaltung aber nicht so deutlich zum Ausdruck wie bei einem Vergleich der absoluten Zahlen. Von 1927 bis 1931 hat sich die Zahl der Lehrlinge um 30,7 Prozent vermindert. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist deshalb weniger stark zurückgegangen, weil sich die Zahl der Gesellen noch weit stärker vermindert hat, nämlich um 44,4 Prozent.

Das ist die Wirkung der schweren Wirtschaftskrise, die leider seither noch ganz bedeutende Fortschritte gemacht hat. Die Annahme, daß der Geburtenrückgang die Verminderung der Lehrlingszahlen verursacht hätte, hat sich als irrig erwiesen. Es gibt viele Jugendliche, die sich vergeblich um eine Lehrstelle im Handwerk bemüht haben.

Das Landesgewerbeamt fürchtet von einem weiteren Herabsinken der Lehrlingszahlen recht nachteilige Folgen für das Handwerk. Es empfiehlt dem Handwerk, im Interesse der Lehrlingshaltung Opfer zu bringen. Es sei notwendig, hier Politik auf lange Sicht zu treiben und für die nächsten Jahre von Maßnahmen abzusehen, die geeignet sind, den Zugang zum Handwerk weiterhin einzuschränken.

Damit wird eine Frage angeschnitten, die mancherlei Schwierigkeiten in sich birgt. Das Landesgewerbeamt weist selbst darauf hin, daß die Prüfung des Nachwuchsbedarfs in der Hauptsache abhängig ist von der allgemeinen Arbeitslage und ihrer künftigen Gestaltung, von der Zahl der gleichartigen Betriebe und der in ihnen beschäftigten Arbeitskräfte, von dem Umfang der Abwanderung zu anderen Handwerkszweigen oder zur Industrie sowie dem durchschnittlichen Berufsalter. Es bemerkt dabei, daß es sich hier um Momente handelt, die nicht

vorausesehen sind oder nur geschätzt werden können. Immerhin schätzt das Amt je nach dem geringeren oder stärkeren Verbrauch und der Abwanderung von Arbeitskräften mit einem Bedarf von 15 bis 20 und schließlich auch noch 25 Lehrlingen auf 100 Erwerbstätige.

Unsere kleine Tabelle zeigt, daß dieser Bedarf auch trotz des Rückganges der Lehrlingshaltung noch gedeckt ist. Aber wir finden, daß das Landesgewerbeamt bei der Schätzung des Lehrlingsbedarfs ein wichtiges Moment nicht berücksichtigt hat, nämlich die Rationalisierung der Industrie und den dadurch bewirkten Rückgang des Bedarfs an gelernten Arbeitskräften.

Nehmen wir als Beispiel die Tischlerei. Es hat auch früher schon industrielle Unternehmungen in der Möbel- und in der Bautischlerei gegeben. Die Art der Produktion brachte es mit sich, daß ein großer Teil der in Handwerksbetrieben ausgebildeten Tischler in diesen Fabriken Beschäftigung fand. Heute werden in den durchrationalisierten Betrieben die Erzeugnisse serienweise hergestellt. Die weitgehende Arbeitsteilung, die Verwendung der verschiedenartigsten Spezialmaschinen verdrängt den gelernten Arbeiter. An seine Stelle treten in immer stärkerem Maße angelernte und ungelernete Arbeitskräfte. Das Arbeitsgebiet des handwerklich ausgebildeten Tischlers wird dadurch auch bei gutem Geschäftsgang immer enger.

Wenn unter Berücksichtigung dieses Umstandes im Jahre 1931 in den 4036 handwerklichen Bau- und Möbelschreinereien in Baden neben 2454 Gesellen 1909 Lehrlinge beschäftigt werden, oder in 41 Stuhlmachereien neben 43 Gesellen 15 Lehrlinge oder gar in 23 Modellschreinereien neben 11 Gesellen 20 Lehrlinge, dann erscheint uns die Zahl der Lehrlinge ganz unverhältnismäßig hoch. Wir fürchten, daß ein erheblicher Teil dieser jungen Leute später im erlernten Beruf das Fortkommen nicht findet.

Die Lehrlingshaltung ist ein recht schwieriges Problem; mit den alten handwerklichen Faustregeln allein läßt es sich nicht meistern. Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Berufs müssen wir darauf achten, daß der Nachwuchs gründlich ausgebildet wird. Es ist in hohem Maße wünschenswert, daß ein möglichst großer Teil der schulentlassenen Jugend eine ordnungsmäßige Lehre absolviert. Denkt man aber weiter, was aus den jungen Leuten werden soll, die nach beendeter Lehre im erlernten Beruf kein Unterkommen finden, dann überläuft einen doch ein gelindes Grauen. Dabei braucht das Moment des Lohndruckes infolge des Überangebots an Arbeitskräften noch gar nicht in Betracht gezogen zu werden. Die Lösung der Widersprüche, die sich ergeben, wenn man dem Problem auf den Grund geht, ist eine Aufgabe, die des Schweißes der Edlen wert ist

# Arbeit für den Reichstag

Der Reichstag hat bei seinem Zusammenritt am 30. August zahlreiche Anträge und Gesetzentwürfe der einzelnen Fraktionen vorgefunden. An der Spitze dabei marschiert die sozialdemokratische Fraktion. Sie hat mit ihren Forderungen den Weg gewiesen, der aus der Wirtschaftskrise herausführt: Umbau der kapitalistischen Wirtschaft in eine planmäßige Gemeinwirtschaft. Über die große Bedeutung dieser Forderung ist im Leitartikel dieser Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ das Nötige gesagt; wir beschränken uns hier daher auf eine kurze Inhaltsangabe der sozialdemokratischen Gesetzentwürfe und Anträge.

Im Entwurf eines Gesetzes über den Umbau der Wirtschaft heißt es einleitend:

„Um die Befreiung aus der Not der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und den Übergang von der planlosen Gewinnwirtschaft zur planmäßigen Gemeinwirtschaft anzubahnen, werden folgende Umbaumaßnahmen durchgeführt.“

Es folgen dann die einzelnen zunächst notwendigen Umbaumaßnahmen:

Vereinheitlichung der öffentlichen Wirtschaft, Schaffung einer Planstelle, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der subventionierten Unternehmungen, Verstaatlichung der Großbanken und die Schaffung eines Bankenamts, Schaffung eines Kartell- und Monopolamts, Schaffung und den Umbau von Staatsmonopolen, Enteignung des Großgrundbesitzes.

Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien hat sich zu erstrecken auf alle privaten Unternehmungen des Bergbaus, der Eisenindustrie, der sonstigen Metallgewinnung, der Großchemie und der Zementindustrie.

Die Verstaatlichung der Großbanken umfaßt die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, Commerz- und Privatbank, Berliner Handelsgesellschaft und Allgemeine Deutsche Kreditanstalt. Alle diese Banken sollen zu einer „Deutschen Staatsbank“ zusammengefaßt werden.

Die Enteignung des Großgrundbesitzes erfolgt entweder zugunsten des Staates, der die Felder und Wälder in eigener Regie weiter bewirtschaftet, oder der Besitz wird an Landarbeiter und Kleinbauern aufgeteilt. Großgrundbesitz im Sinne des Gesetzentwurfs ist jeder land- und forstwirtschaftliche Grundbesitz über 200 Hektar.

Der Entwurf eines Gesetzes über planmäßige Arbeitsbeschaffung fordert vom Reich eine Milliarde Mark für öffentliche Arbeiten, Kleinwohnungsbau, Hausreparaturen, Siedlung, kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen und für Schulung jugendlicher Erwerbslosen. Der Antrag enthält ins Einzelne gehende Vorschläge für die Finanzierung dieser Arbeitsbeschaffung.

Damit die vorhandene Arbeitsgelegenheit auf möglichst recht viele Arbeiter und Arbeiterinnen verteilt wird, fordert ein weiterer Antrag die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche. Die Unternehmer sind verpflichtet, entsprechend der Arbeitszeitverkürzung neue Arbeitskräfte einzustellen. Die Einstellung darf nur unter Mitwirkung der öffentlichen Arbeitsvermittlungstellen erfolgen. Die durch die Verkürzung der Arbeitszeit ersparten Unterstützungsmittel sind für den Lohnausgleich heranzuziehen. Überstunden dürfen nur in dringlichsten Ausnahmefällen auf Grund behördlicher Genehmigung zugelassen werden. Für jede Überstunde hat der Unternehmer einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenversicherung abzuführen.

Die Sozialdemokraten fordern ferner die Aufhebung der von der Regierung Papen-Schleicher erlassenen Notverordnungen. Alle sozialen Unterstützungen sollen vorerst wieder in der Höhe gezahlt werden, wie das vor dem 14. Juli 1932 der Fall war. Darüber hinaus wird eine Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung geordert. Sie besteht in unentgeltlicher Belieferung mit Kartoffeln und Kohle und verbilligter Abgabe von Fleisch.

Weitere Anträge fordern Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung

# Adolf Hitlers Mörderkumpanei

„Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichsten Bluturteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre, der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht.“ Adolf Hitler.

So telegraphierte der Führer der sogenannten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei an die zum Tode verurteilten fünf Männer im Gerichtsgefängnis von Beuthen.

Was hatten diese von Hitler als Kameraden angesprochenen Menschen begangen? Ein Lump, nationalsozialistischer Gastwirt und Gemeindevorsteher, hatte sie besoffen gemacht. Dann waren sie aufgebrochen, waren in eine fremde Wohnung eingedrungen und hatten so lange auf einen im Bett liegenden wehrlosen Menschen eingeschlagen, eingestoßen, eingepöbeln, eingetreten, bis er tot war. Diese Handlung ist gesühnt worden nach den Bestimmungen der Verordnung vom 9. August, die von der durch Hitler tolerierten Regierung Papen-Schleicher erlassen wurde. Das Gericht erkannte auf Tod, alle gesetzlichen Voraussetzungen hierfür waren gegeben, ein Verbrechen, Viehisch, gemein und ekelhaft, die wir in diesen Jahren brauner Mordpest erlebten, war abgeurteilt.

Der Adolf Hitler aber setzte sich mit diesem Mordgesindel gleich, nannte es Kameraden und begrüßte die „deutschen Männer“, von denen etliche Namen wie diese führen: Rusin Wolniza, Hippolith Hodamik, Karl Czaja und Nowak. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich werde dir sagen, wer du bist! Wer sich mit dem Lumpen gleichstellt, der andere unter Alkohol setzt, um sie zu gemeinstem Mordtat anzustacheln, wer sich mit den Bestien gleichstellt, die nachher diese unmenschliche Tat ausführen, der ist nicht um einen Pfifferling mehr wert als das von ihm als Kameraden begrüßte Pack. Er ist Auswurf und Abschaum der Menschheit wie sie.

Am Tage der Urteilsverkündung von Beuthen fällt in Brieg ein anderes Sondergericht einen Spruch von beispielloser Härte. Am 10. Juli, lange bevor die Sondergerichtsverordnung der Regierung Papen-Schleicher als Folge der Wiederloslassung der SA. auf das deutsche Volk erlassen wurde, war Ohlau die Stätte eines Überfalls durch die braunen Horden, Reichshanner und Kommunisten hätten sich zur Wehr gesetzt. Es kam zu Straßenkämpfen mit all dem Schrecken und Verderben, die Straßenkämpfe eigen sind. Dabei sind in der Abwehr Menschen ums Leben gekommen oder verwundet worden. Das Sondergericht, dessen Zuständigkeit in diesem Falle sehr umstritten ist, urteilte. Und es verhängte Zuchthaus über Zuchthaus. Derselbe Hitler, der die gemeinen Lumpen von Potempa als Kameraden begrüßte, verlangte die Köpfe der Männer von Ohlau, denen nichts so fern lag wie Mordabsichten, die sich nur schützen wollten gegen die Ausschreitungen von bezahlten braunen Banditen. Im Schmutzorgan dieses deutschen Verderbers, im „Völkischen Beobachter“, stand am 11. August 1932 zu lesen: „Wenn diese Lumpen endlich an die Wand gestellt werden, wird auch noch wieder die Sicherheit der Straße hergestellt sein.“ Das ist die Moral mit doppeltem Boden, das ist die Lumpenmoral in ganzer Reinheit und Deutlichkeit. Menschen, die im schlimmsten Falle die Notwehr überschritten, an die Wand gestellt und Viehische Patrone, die andere abschlachten, wie der Gesittete nicht das hebe Vieh behandelt würde, als nationale Helden und Märtyrer gefeiert! Bestialität als triumphierende Siegerin — das ist der Sinn der Hitlerei!

Vom Berliner Sondergericht ist in diesen Tagen ein Urteil gefällt worden, das uns zeigt, wohin wir gekommen sind, weil wir eine Regierung haben, die dem verbrecherischen Nationalsozialismus Opfer bringen zu müssen meint. Ein junger Arbeiter, der in Straßenhandel verwickelt, aus seiner Pistole zwei Schüsse löste, ohne jemand zu verletzen, wurde auf Grund der Notverordnung vom 9. August zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Straftat

wäre zu anderen Zeiten, legte man strengstes Maß an, durch höchstens neun Monate Gefängnis gesühnt worden. Weil wir in anormalen Zeiten leben, deshalb müßte die Notverordnung vom 9. August erlassen werden. Daß aber die Zeiten so anormal wurden, wie sie sind, das ist die Folge

## Farbe bekennen!



Unternehmer: „Wehe, wenn Du dabei mitmachst!“  
Naziführer: „Wie komme ich aus dieser Zwickmühle?“  
Naziwähler: „Nun erfülle Deine Wahlversprechungen!“

## Aus der Musikinstrumentenindustrie

In dem Jahresbericht der Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie ist die katastrophale Entwicklung dieses einst so blühenden Industriezweiges zahlenmäßig nachgewiesen. Im Jahre 1931 sind nicht weniger als 177 Betriebe eingegangen; nur 1365 sind verblieben. Im Jahre 1925 gab es noch 1704 Betriebe, und es wurden 42.943 Vollarbeiter (zu je 300 Arbeitstagen) gezählt. Diese Zahl ist seither zurückgegangen auf 23.316 im Jahre 1930, und im Jahre 1931 waren es nur noch 15.681 Vollarbeiter.

Der Bericht stellt mit Befriedigung einen bedeutenden Rückgang der Unfallentschädigungen fest. Die gesamten Aufwendungen für die Verletzten haben sich von 463.501 Mk. auf 407.272 Mk. vermindert. Die Ursache dafür liegt in dem Rückgang der erstmalig entschädigten Unfälle, in überwiegendem Maße an den Ersparnissen bei der Fürsorge für die Verletzten. Die Kosten der Heilanstaltspflege haben sich zwar nur von 11.856 Mk. auf 10.442 Mk. vermindert, aber für die nicht in Heilanstalten untergebrachten Verletzten wurden nur 21.941 Mk. ausgegeben, gegen 46.085 Mk. im Jahre 1930. Durch die Sparmaßnahmen ist es gelungen, die Umlagesumme von 617.000 Mk. auf 510.000 Mk. zu senken. Da jedoch die Lohnsumme, die den Maßstab für die Umlage bildet, so rapid zurückgegangen ist, erfährt die Beitragslast auf 1000 Mk. Lohnsumme eine Steigerung um 40 Prozent.

Zu den Sparmaßnahmen, durch welche die Beitragslast ermäßigt werden soll, gehört auch die Aufhebung der bisher bestandenen drei Sektionen, die zum 1. Januar 1932 durchgeführt wurde. Wirksamer sind die Ersparnisse an den Aufwendungen für die Verletzten. Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat die Unfallrenten unter 20 Prozent der Vollrente gestrichen; Renten von 20 Prozent werden nur 2 Jahre gezahlt. Damit fallen ab 1. Januar 1932 427 Renten mit einem Betrag von 81.600 Mk. fort.

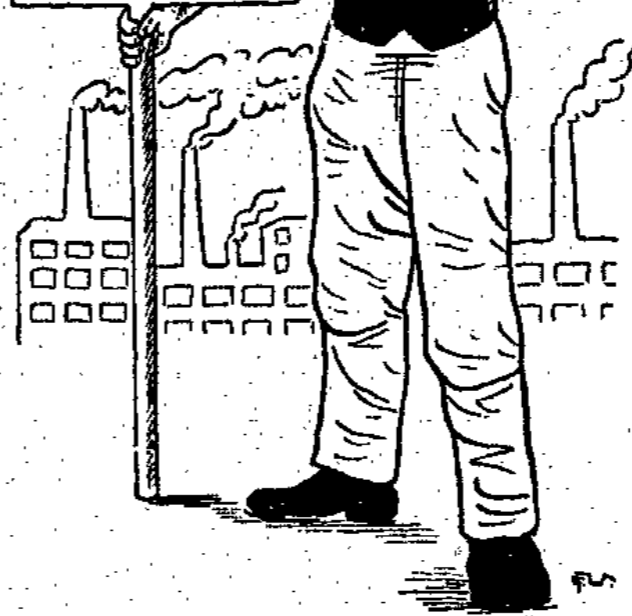
Nach dem Bericht über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften hat sich die Unfallhäufigkeit vermindert. Gemeldet wurden 706 Unfälle oder 25,04 (im Vorjahr 29,04) auf 1000 versicherte Personen. Erstmals entschädigt wurden 72 oder 2,55 (3,33) auf 1000 Versicherte.

Der Bericht enthält an verschiedenen Stellen Andeutungen, die auf den Zusammenhang der Folgen der Wirtschaftskrise mit der Steigerung der Unfallgefahr hindeuten. Kurzarbeit und vorübergehende Entlassungen haben eine Entfremdung der Versicherten von den normalen Betriebsverhältnissen

der Aufhebung des Uniformverbots und der Wiedergabe der SA, die gleichfalls Werke der Regierung Papen-Schleicher sind.

Wir haben, verglichen mit heute, unter Brüning, Braun und Severing in Deutschland ruhig und friedlich gelebt. Das soll wieder so werden. Fort mit der SA. und dann fort mit der Todes-Notverordnung vom 9. August!

Sozialistischer Aufbau  
Verstaatlichung der Schlüsselindustrien u. Grossbanken.  
Enteignung des Grossgrundbesitzes  
Staatsmonopole, Kartell- u. Monopollimit.  
Zentrale Planwirtschaftsstelle.



## Wieder Hauszinssteuerstundung im Freistaat Preußen

Die Regierung des Freistaates Preußen hat die Wiedereinführung der Hauszinssteuerstundung beschlossen. Freilich nicht in der alten, sondern in stark verschlechterter Form. Künftighin ist für die Steuerstundung nicht mehr das jährliche Existenzminimum von 1200 Mk. maßgebend, sondern sie wird auf „den fürsorglichen, individuell auszuliegenden Begriff der Hilfsbedürftigkeit abgestellt“.

Hauszinssteuerstundungen werden nur noch gewährt „bei Mietwohnungen oder Teilen von Mietwohnungen, a) wenn Mieter nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge beziehen, und zwar in Höhe des Betrages, um den die laufende Unterstützung sonst höher sein müßte; b) soweit Mieter nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge gewährt werden müßte, weil sie sonst die volle Miete nicht zahlen könnten; c) soweit die Einziehung eines der gesetzlichen Miete entsprechenden Mietzinses dem Eigentümer nachweislich nicht möglich ist.“

Die Prüfung der Anträge aus Hauszinssteuerstundung erfolgt wie jetzt so auch weiterhin durch die Fürsorgebehörden. Das neue Stundungsverfahren tritt rückwirkend vom 1. Juli 1932 an in Kraft. Soweit eine Zahlung von Mietbeiträgen bereits erfolgt ist, ist eine individuelle Erstattung der Steuer hierdurch zugeflossenen Beträge an die Fürsorgeverbände vorgesehen. Da hiernach die Fürsorgebehörden erhöhte Unterstützungen für September nicht mehr zahlen werden, können die bedürftigen Mieter, zu deren Gunsten im Juni bereits Hauszinssteuererleichterungen gewährt waren, die Septembermiete um entsprechende Beträge kürzen. Haben jedoch die Fürsorgebehörden bereits eine Entscheidung getroffen, so bleibt diese auch für die Steuerstundung maßgebend. Den Hauseigentümern ist insoweit bei der Zahlung der Hauszinssteuer am 15. September nötigenfalls durch Stundung entgegenzukommen.

## Einsichtsvollere Unternehmer

Im Jahresbericht 1931 des Unternehmerverbandes der französischen Metall- und Bergbauindustrie finden wir folgende Sätze:

„Angesichts des Hauptproblems dieses Jahres, die Anpassung der Zahl der Arbeitskräfte an die wirtschaftliche Lage, war die Haltung der Unternehmer überall die gleiche. Sie waren zunächst von dem Wunsche geleitet, die Nöte der Familien ihrer Arbeiter während der schwierigen Verhältnisse nach Möglichkeit zu mildern. Sie waren auch bemüht, die Arbeitskräfte zu behalten, die sie brauchen werden, sobald die Krise vorbei und der Beschäftigungsgrad ihrer Unternehmungen wieder ein normaler sein wird. Die Entlassungen wurden auf ein Minimum beschränkt und nur im äußersten Notfall vorgenommen. Soweit wie möglich und solange die technischen Notwendigkeiten es zuließen, wurde die Zahl der täglichen Arbeitsstunden oder der wöchentlichen Arbeitstage herabgesetzt, um die Höchstzahl von Arbeitern zu beschäftigen.“

So denken und handeln die französischen Unternehmer. In fast allen Betrieben wurde, ehe Entlassungen erfolgten, die Arbeitszeit entsprechend verkürzt. Daher auch die verhältnismäßig große Zahl von Kurzarbeitern in Frankreich. Selbstverständlich ist dies auch kein Idealzustand, aber der Kurzarbeiter ist immer noch besser dran als der völlig Erwerbslose. Darauf wird in Frankreich gebührend Rücksicht genommen.

In Deutschland ist das anders. Hier schmeißen die meisten Unternehmer die Arbeiter rücksichtslos auf die Straße. Mögen sie und ihre Familien sehen, wo sie bleiben. Höher als deren Wohl steht den Unternehmern ihr Geldbeutel. Ihr Kampf gegen die von den Gewerkschaften geforderte Arbeitszeitverkürzung ist das größte Schandmal unserer gewiß nicht ehrenwerten Zeit. Wieviel Not und Elend hätten vermieden werden können, wenn schon seit Jahren die vorhandene Arbeit möglichst gleichmäßig auf alle Arbeiter und Arbeiterinnen verteilt worden wäre!

zur Folge. Umstellungen des Maschinenparks infolge Betriebseinschränkung sowie die aus dem gleichen Grunde verursachte Einrichtung von Maschinen, besonders Sägen, für andersgeartete Arbeitsvorgänge als in regulären Zeiten, wobei die vorschriftsmäßige Anbringung von Schutzvorrichtungen oft unterlassen wird, machten zahlreiche Anordnungen notwendig. Die finanziellen Sorgen der Unternehmer lassen die mit der Unfallverhütung zusammenhängenden Fragen oft in den Hintergrund treten. Bei den Versicherten führt die Sorge um Brot und Lohn leicht dazu, daß versucht wird, selbst unter Vernachlässigung der gebotenen Schutzmaßnahmen auch bei verkürzter Arbeitszeit einen möglichst hohen Arbeitsverdienst zu erzielen.

Als eine Folge der Wirtschaftsnot kann auch die Beschäftigung jugendlicher Personen an gefährlichen Maschinen angesprochen werden. In zwei Fällen wurde diese Beschäftigung verboten. In einem Fall wurden zur Herstellung billiger Massenartikel so jugendliche Personen an Pressen und Stanzen beschäftigt, daß dagegen eingeschritten werden mußte. Die zahlreichen Unfälle in diesem Betrieb veranlaßten den technischen Aufsichtsbeamten, gemeinsam mit dem zuständigen Gewerbeamt eine Altersgrenze festzulegen. Hinter den kurzen Worten, mit denen über diesen Fall berichtet wird, verbirgt sich anscheinend eine Tragödie raffinierter Kinderausbeutung, die einer näheren Darstellung wert gewesen wäre.

## Frauenfeindliche Parteien

Durch die Neuordnung der Verhältnisse in Deutschland nach 1918 erhielten die Frauen zum erstenmal staatspolitische Rechte. Sie waren nun den Männern gleichgestellt, und sie haben es verstanden, von ihren Rechten ausgiebigen Gebrauch zu machen, zum Nutzen ihres Geschlechts und des ganzen Volkes. Damit soll nach dem Wunsch der neuen Machthaber nun Schluß sein. Das kommt in der Zusammensetzung der einzelnen Reichstagsfraktionen besonders deutlich zum Ausdruck. Von den 608 Abgeordneten des Reichstags sind nur 36 Frauen. Davon kommen 15 auf die Sozialdemokratie, 10 auf die Kommunisten, 6 auf das Zentrum, 3 auf die Deutschen Nationalen und 1 auf die Bayerische und die Deutsche Volkspartei. Die Nationalsozialisten haben ihren Grundsätzen gemäß, daß die Frau minderen Rechts ist und sich nur um den Haushalt zu kümmern hat, keine Frau als Kandidatin aufgestellt. Es ist auf das tiefste zu bedauern, daß diese frauenfeindliche Partei trotzdem zahlreiche Frauenstimmen bei den Wahlen bekommen hat.



# Aus dem Verbandsleben



## Um die Lehrlingsentschädigung

Das Arbeitsgericht Dresden hat kürzlich eine für Lehrlinge und ihre Eltern wichtige Entscheidung gefällt. Der Sachverhalt ist kurz folgender:

Ein Tischlermeister hatte während der Laufdauer des Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe einen Lehrvertrag abgeschlossen, in dem festgelegt war, daß das Kostgeld sich nach der jeweiligen Vereinbarung richten solle. An Lehrgeld sollte der Vater insgesamt 870 Mk. zahlen. Es war weiter bestimmt, daß diese Summe in Wochenraten, steigend mit der Dauer der Lehrzeit, und zwar 1,50 Mk. im ersten Jahr, 3 Mk. im zweiten Jahr, 6 Mk. im dritten Jahr und 7 Mk. im vierten Jahr zu zahlen sei. Der Meister nahm nach der Lohnzahlung den jeweilig fälligen Lehrgeldbetrag gleich wieder in Empfang. Später machte er es noch einfacher und zog den Lehrgeldsatz gleich von der Lehrlingsentschädigung ab. Schließlich klagte der Meister aus einem anderen Grunde auf fristlose Anhebung des Lehrverhältnisses. Mit Hilfe unseres Holzarbeiter-Verbandes wurde Widerklage erhoben: 1. das von der Lehrlingsentschädigung abgezogene Lehrgeld zurückzahlen und 2. festzustellen, daß die Erhebung des Lehrgeldes gegen die Unantastbarkeit des Tarifvertrages verstößt und daher unwirksam ist.

Die Widerklage hatte vollen Erfolg. In der Begründung sagt das Arbeitsgericht Dresden: „Mit Recht beruft sich der Lehrling und Widerkläger auf die in dem Lehrvertrag liegende Umgehung der tariflichen Verpflichtung auf Zahlung einer Kostgeldentschädigung durch den Lehrherrn. Das Reichsarbeitsgericht hat in seiner Entscheidung vom 23. September 1931 i. S. RAG 1928/31 (s. Arbeitsrechtspraxis 1931, S. 358) ausgeführt, daß unter gewissen Voraussetzungen die Erhebung von Lehrgeld tarifwidrig und damit ungültig nach § 1 TVVO. sein kann, wenn nämlich die getroffenen Abreden unzweideutig erkennen lassen, daß der dem Lehrling nach dem Tarifvertrag zustehende Anspruch auf die Kostgeldentschädigung gegenstandslos gemacht bzw. in ihrer Höhe herabgesetzt werden soll.“

Der Wille zur Umgehung des Tarifvertrages gehe auch deutlich aus einem überreichten Rundschreiben der Tischlerinnung hervor, in welchem aufgefordert wird, bei Erhöhung der Kostgeldentschädigung ein Lehrgeld in Höhe von 300 Mk. bis 800 Mk. zu erheben und die Bezahlung desselben in steigenden Wochenraten zu regeln. Indem der widerbeklagte Meister diese Anweisung befolgte, habe er deutlich seinen Willen zur Umgehung des Tarifvertrages zum Ausdruck gebracht.

Auch eine vom Lehrmeister eingereichte Kostenrechnung für die Haltung eines Lehrlings konnte die Erhebung eines Lehrgeldes nicht rechtfertigen. Nach dieser vom Verband sächsischer Tischlerinnungen angefertigten Anstellung entstehen für jeden Lehrling in Dresden 2778 Mk. reine Ausbildungskosten. Unter Berücksichtigung des Lehrgeldes von 870 Mk. verblieben somit immer noch 1908 Mk. Unkosten, die vom Lehrherrn aufzubringen seien, und die er durch Arbeit des Lehrlings nicht hereinbringen könne. Dabei wird die sehr kühne Behauptung aufgestellt, daß in den ersten zwei Lehrjahren für den Meister irgendwelcher Nutzen nicht herauspringe.

Man muß sich fragen, warum denn eigentlich noch Lehrlinge gehalten werden, wenn bei jedem ein kleines Vermögen zugesetzt wird. Die Wirklichkeit ist ja eine ganz andere. Und auch das Gericht sagt, daß die Anstellung durchaus nicht überzeugend sei, insbesondere bei der Notiz, daß ein Lehrling bei vorgerückter Lehrzeit in steigendem Maße bringe, überhaupt nicht in Ansatz gebracht.

Der Versuch der Tischlermeister, das tarifliche Kostgeld durch Erhebung eines

unerhört hohen Lehrgeldes wieder illusorisch zu machen, ist somit gescheitert. Wann werden die Innungsmeister endlich einmal einsehen, daß auch die Lehrlinge eine gerechte Entlohnung für ihre Arbeitskraft, die sie dem Meister zur Verfügung stellen, erhalten müssen? K. D.

## Fernunterricht

Im Oktober beginnen neue Fernunterrichtslehrgänge an der Wirtschaftsschule in Berlin und an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. Gesuche von Mitgliedern um Anmeldung zum Fernunterricht können bis zum 25. September an den Verbandsvorstand eingereicht werden. Die Fernunterrichtslehrgänge dienen der Vorbereitung und der Schülerauslese für die im Herbst nächsten Jahres beginnenden ordentlichen Lehrgänge an den genannten Schulen. Aussicht auf Zulassung zum Fernunterricht haben daher nur solche Kollegen, die auf Grund ihrer Befähigung und ihrer praktischen Erfahrung in der Gewerkschaftsbewegung glauben, auch für den anschließenden Tageskursus von 9 bis 10 Monaten Dauer als erfolgreiche Bewerber auftreten zu können.

Den Gesuchen ist ein handschriftlicher Lebenslauf beizufügen, der neben den allgemeinen Angaben auch Mitteilungen über die Betätigung in der Gewerkschaftsbewegung enthält. Ferner ist ein Gutachten der Ortsverwaltung mit einzureichen. Die Kosten für die Teilnahme am Fernunterricht sind verhältnismäßig gering, müssen aber auf alle Fälle von den Teilnehmern selbst getragen werden.

## Säger in Niederbayern

Der Lohntarif zum Mantelvertrag für die niederbayerische Sägewerksindustrie ist vom Reichsarbeitsminister mit Wirkung vom 1. August an für allgemeinverbindlich erklärt worden. Da der Mantelvertrag bereits früher für allgemeinverbindlich erklärt worden war, gelten Mantelvertrag und Lohntarif nunmehr für alle niederbayerischen Sägewerke.

## Tischler in Braunschweig

In Braunschweig wurde mit der Tischler-Zwangsinnung ein Lohntarif vereinbart, der folgende tariflichen Spitzenlöhne vorsieht: Facharbeiter 83 Pf., angelernte Arbeiter 75 Pf., Hilfsarbeiter 66 Pf., angelernte Hilfsarbeiterinnen 50 Pf., Hilfsarbeiterinnen 46 Pf. Diese Löhne gelten zunächst bis zum 31. Dezember 1932.

## Sägewerksindustrie im Harz

Für die Harzer Sägewerksindustrie wurde ein beide Parteien von vornherein bindender Schiedsspruch gefällt. Danach beträgt der Tariflohn ab 18. August für die Arbeiter der Gruppe I (Gatterschneider usw.) in den vier Ortsklassen 58, 55, 51 und 48 Pf., für die Arbeiter der Gruppe II (zweite Leute am Gatter usw.) 57, 54, 50 und 47 Pf., für Platz- und Hilfsarbeiter über 22 Jahre 56, 53, 49

und 46 Pf. und für Arbeiterinnen über 20 Jahre 29, 27, 25 und 24 Pf. Das Abkommen kann erstmalig zum 18. Januar gekündigt werden.

## Tischler in Köthen

Zwischen der Tischler- und Stuhlmacher-Zwangsinnung für Stadt und Kreis Köthen (Anhalt) und unserer Verwaltungsstelle Köthen wurde eine Vereinbarung getroffen, die im wesentlichen folgendes besagt: Der Ecklohn für Facharbeiter beträgt für die Stadt Köthen 80 Pf., für den Landkreis Köthen 75 Pf. Für Angelernte beträgt der tarifliche Spitzenlohn 72 und 68 Pf. und für Hilfsarbeiter 64 und 60 Pf. Die Regelung der sonstigen Arbeitsbedingungen richtet sich nach dem Mantelvertrag für das Holzgewerbe in der Provinz Sachsen und dem Freistaat Anhalt vom 26. Mai 1932.

## Sperrholzarbeiter in Lyck

Mit der Firma C. A. Traxel G. m. b. H., Sperrplattenfabrik in Lyck, wurde ein neuer Lohntarif vereinbart. Der vertragliche Mindeststundenlohn beträgt für über 22 Jahre alte Schäler und erste Kreiser 59 Pf., für angelernte Helfer und zweite Kreiser 57 Pf., für ungelernete Hilfs- und Platzarbeiter 54 Pf. und für Arbeiterinnen 35 Pf. Das Abkommen gilt zunächst bis Ende des laufenden Jahres. Die Firma beschäftigt zur Zeit rund 60 Personen, die Hälfte davon sind Arbeiterinnen.

Für das Sperrholzwerk Bernhard Mehner A.-G. Zweigbetrieb Lyck (Hauptsitz des Unternehmens ist Annaberg im Erzgebirge), fällt der Schlichtungsausschuß für den Regierungsbezirk Allenstein einen Schiedsspruch. Dieser setzt den alten Mantelvertrag wieder in Kraft, und zwar zunächst bis zum 31. Juli 1933. Geändert sind lediglich die Ferienbestimmungen; im „Notjahr 1932“ haben die Arbeiter nur Anspruch auf 66% Prozent der tariflichen Ferienentschädigung. Der tarifliche Mindestlohn beträgt für über 22 Jahre alte angelernte Arbeiter 54 Pf., ungelernete Arbeiter 49 Pf. und Arbeiterinnen 31 Pf. Diese Löhne können erstmals zum 30. November 1932 gekündigt werden.

## Kinderwagen- und Holzwarenarbeiter in Zeitz

In Zeitz existiert ein Allgemeiner Arbeitgeberverein, dem auch die Unternehmer der sechs Kinderwagen- und Holzwarenbetriebe angeschlossen sind. Hergestellt werden in diesen Betrieben u. a. Kinder-, Sport-, Puppen- und Handwagen, Gartenmöbel aller Art, Küchen- und Schiffsstühle, Kino- und Schubänke, Maler- und Treppenleitern, Kinderräder und Kinderautos, Holzperle, Puppenmöbel. In guten Zeiten der letzten Jahre beschäftigten diese Betriebe etwa 1000 Holzarbeiter. Am 23. August wurde mit dem Unternehmerverband über die Neufestsetzung der Löhne verhandelt mit dem Ergebnis, daß folgende tariflichen Ecklöhne vereinbart wurden: Für über 23 Jahre alte Facharbeiter 67 Pf., angelernte Arbeiter 62,5 Pf., ungelernete Arbeiter 60,5 Pf. und für über 22 Jahre alte Arbeiterinnen 40 Pf.

Bei Akkordarbeit müssen mindestens 17 Prozent über den Tariflohn verdient werden. Für Facharbeiter beträgt die Leistungszulage 25 Prozent. Die Lehrlingsentschädigung beträgt im ersten Lehrjahr 10 Prozent, im zweiten 15 Prozent, im dritten 22 Prozent (wenn vier Jahre gelernt wird, 25 Prozent) und im vierten Lehrjahr 33 Prozent vom Spitzenlohn des Facharbeiters.

## Zigarrenkistenarbeiter in Gießen

Für die Belgischen Zigarrenkistenfabriken Andreass Euler, J. Barnab und Fr. Harries u. Co. wurden neue Löhne vereinbart. Ab 2. September beträgt der Spitzenlohn für Arbeiter über 23 Jahre 56 Pf. und für Arbeiterinnen über 20 Jahre 32 Pf. Das Abkommen kann erstmalig mit 14tägiger Frist zum 17. November gekündigt werden.

## Auch die Arbeitslosen gehören in den Verband!

Von einem Breslauer Verbandskollegen wird uns geschrieben:

Von der gewaltigen Wirtschaftskrise, die nun seit vielen Jahren auf uns lastet, wird auch unser Holzarbeiter-Verband empfindlich betroffen. Sein Mitgliederbestand geht zurück, da die Zahl der noch arbeitenden Holzarbeiter immer kleiner wird. Bisher war es leider nicht möglich, die Arbeitslosen restlos und dauernd der Organisation zu erhalten. Ein Teil läuft heute unorganisiert herum. Nach den heutigen Bestimmungen des Verbandsstatuts können diese Holzarbeiter erst aufgenommen werden, wenn sie wieder in Beschäftigung stehen. Das kann bei vielen noch Jahre dauern. Solange können wir auf ihre Mitarbeit aber nicht verzichten. Deshalb muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß auch Arbeitslose in den Verband aufgenommen werden können. Eine solche Regelung besteht bereits in den Verbänden der Bergarbeiter, Bauarbeiter und Sattler. Wir müssen auch dazu kommen; denn das Ziel muß sein, alle arbeitenden und arbeitslosen Holzarbeiter und Holzarbeiterinnen im Verband zu haben. Verbandsvorstand und Verbandsbeirat sollten deshalb nicht zögern, das Statut so zu ändern, daß auch Arbeitslose aufgenommen werden können. F. S.

## Mißglückter Feriengeldbetrug

Im Frühjahr 1927 meldete die Firma W. Naumann, Holzbearbeitungsfabrik in Köthen, den Konkurs an. Der Konkursverwalter ließ einige besonders ausgesuchte Arbeiter unter der Leitung eines Mitgliedes der Familie Naumann weiterarbeiten. Das Bestreben der Naumanns ging nun vor allem dahin, etwa 75 entlassene Kollegen um das Feriengeld von insgesamt 3027,65 Mark zu prellen. Trotzdem diese Lohnforderung vom Konkursgericht als bevorrechtigt anerkannt war, verstand der Konkursverwalter es immer wieder, die Zahlung dieses Betrages zu hintertreiben. Schließlich gelang es den Bemühungen unseres Verbandes, daß am 20. Dezember 1929 wenigstens 30 Prozent des Betrages zur Auszahlung kamen. Dann war wieder eine ganze Zeitlang nichts zu machen, da der Konkursverwalter den Konkursabschluß immer wieder hinausshob. Die alten Firmeninhaber brachten das Werk nach und nach wieder ganz in ihren Besitz, das Konkursverfahren lief daneben aber ruhig weiter. Die Kollegen machten ihre Forderungen aber immer wieder geltend, und jetzt, nach fünf Jahren, ist es auch endlich gelungen, den restlichen Betrag von reichlich 2000 Mk. zu erhalten. Diesen Erfolg verdanken die Beteiligten unserem Deutschen Holzarbeiter-Verband, dessen Funktionäre unablässig bemüht gewesen sind, den Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen.



Mit Zufahren dieser Nummer ist der 36. Monatsbeitrag fällig



# Unterhaltung und Wissen



**Lynton Paulsen Samuel Suchende**  
 35. Fortsetzung.  
 Copyright by Malik-Verlag AG., Berlin

Aus dem hinten gelegenen Arbeitsraum kam Genosse Minsky geeilt, ein gelbgesichtiger, abgezehrter Zigarrenarbeiter mit nackten Armen. Everly berichtete kurz Samuels Erlebnisse und dessen Vorhaben. Die ehrliche Aufregung, mit der die beiden lauschten, ließ keinen Zweifel über ihr Verhalten bestehen. Etwas weiter entfernt befand sich eine kleine Tischlerwerkstatt; der grauhaarige alte Genosse Beggs preßte Samuels Hand wie ein Schraubstock zusammen, während er ihm seine Billigung ausdrückte. Dann suchten sie noch den Genossen Dr. Barton auf, einen jungen Arzt, den Everly als eine der Stützen des Bezirks bezeichnete. „Er studierte im Ausland, ist daher weit weniger engherzig als die meisten Ärzte. Und seine Frau ist eine gute Rednerin.“

Bald darauf erschien auch der Doktor, und die Geschichte mußte nochmals berichtet werden. Die beiden empfanden so reges Interesse, daß sie die Besucher baten, zum Mittagessen zu bleiben. Sie besprachen das ganze Problem, und Samuel stammte über das klare Urteil dieser Menschen. Hier bedurfte es keiner langen Erklärungen; die drei wußten, was zu erwarten war. Es war, als besäßen sie einen Zauberschlüssel zu dem inneren Leben von Lockmanville, vermöchten jeden Bewohner der Stadt zu verstehen, zu wissen, wie er in einem gegebenen Fall handeln würde.

All dies war für Samuel ein seltsames Erlebnis. Noch vor wenigen Stunden ist er eine Stimme in der Wüste gewesen, einsam, verlassen, und nun hat er eine Schar Verbündeter gefunden, die anscheinend aus dem Boden aufgeschossen sind. Menschen, die genau wissen, was not tut, wie man handeln müsse, die keiner Überredung bedürfen, die sich, ohne ein Wort zu verlieren, ans Werk machen — als hätten sie ihr Leben lang nichts anderes getan! Samuel fühlte sich dermaßen beglückt, daß er eine Weile völlig vergaß, was für Menschen das eigentlich sind. Als sie jedoch nach Everlys Büro zurückgekehrt waren, fiel es ihm plötzlich wieder ein. Er starrte den jungen Rechtsanwalt mit derart bekümmertem Gesicht an, daß dieser fragte: „Was fehlt Ihnen?“

„Sagen Sie mir, Herr Everly“, fragte Samuel schüchtern, „wie ist es möglich, daß die Bartons der freien Liebe huldigen?“

„Der freien Liebe?“ wiederholte Everly verblüfft. „Wie kommen Sie auf diese Gedanken?“

„Tun sie es denn nicht?“ beharrte Samuel. „Selbstverständlich nicht. Wer hat das behauptet?“

„Sie sind doch Sozialisten?“

Everly legte seine Arbeit nieder und lachte. „Woher haben Sie diese Weisheit?“

„Ich... ich...“ stammelte Samuel, „las einmal, daß alle Sozialisten der freien Liebe huldigen.“

„Warten Sie nur, bis Sie mit Ihrer Reform weitergekommen sind“, lachte der Rechtsanwalt, „dann werden Sie über die Dinge staunen, die Sie über sich selbst lesen können.“

„Ja, glauben denn die Sozialisten nicht an die freie Liebe?“

„Es wird wohl einige geben, die es tun. Ich kenne übrigens auch einen Sozialisten, der an Gespenster, und einen, der an den Papst, sowie einen, der an Adam und Eva glaubt. Kann ich etwas für diese Glauben?“ Eine kurze Pause trat ein; dann erklärte Everly: „Sehen Sie, wir sind eine politische Partei, können niemand fernhalten, der zu uns kommen will. Und da wir eine fortschrittliche Partei sind, können allerhand seltsame Käuze zu uns. Das ist nicht unsere Schuld.“

„Ja, aber ihr seid gegen die Religion.“

„Mit Religion haben wir nichts zu schaffen. Ich erklärte Ihnen bereits, daß wir eine politische Partei sind. Einige von uns erachten es für ihre Pflicht, aus den kapitalistischen Kirchen auszutreten, doch können Sie uns daraus keinen Vorwurf machen.“

„Nein — nein“, erwiderte Samuel. „Aber ihr wollt doch auch die Regierung stürzen.“

„Im Gegenteil, wir wollen sie stärken; vorerst freilich muß sie den Kapitalisten entrissen werden.“

„Ja, aber woran glauben Sie denn dann?“ fragte Samuel völlig verwirrt.

Der junge Rechtsanwalt erklärte nun Samuel, daß die Partei bestrebt sei, das Proletariat zu organisieren und aufzuklären. Es müsse eine wirtschaftliche Veränderung eintreten. Grund und Boden, Bergwerke, Betriebe dürfen nicht in den Händen der Kapitalisten bleiben. „Diese Dinge dürfen nicht einzelnen gehören, müssen Eigentum des gesamten werktätigen Volkes sein. Dann wird es für alle Arbeit geben, jeder wird den wahren Wert seiner Arbeit als Lohn erhalten und die Müßiggänger werden zugrunde gehen.“

Samuel dachte nach. „Aber das ist ja das, was ich glaube!“ rief er schließlich verblüfft.

„Selbstverständlich. Jeder vernünftige Mensch glaubt daran.“

„Dann... ja dann bin doch auch ich ein Sozialist!“ keuchte Samuel.

„Neun Zehntel der Bevölkerung sind Sozialisten“, entgegnete Everly, „sie haben es nur noch nicht entdeckt.“

„Weshalb lehrt ihr es sie nicht?“

„Wir tun unser Möglichstes“, lachte der Rechtsanwalt, „helfen Sie uns.“

Samuel wußte nicht mehr aus noch ein. „Wieso entstehen die falschen Ansichten über die Sozialisten?“

„Es sind die Ansichten, die die Kapitalisten verbreitet sehen wollen.“

Samuel unklammerte die Stuhllehne. „Das ist doch eine Verschwörung!“

„Freilich. Die Verschwörung der herrschenden Klassen. Die besitzen die Presse, die Bücher, die Hochschulen, Kirchen und Regierungen. Und sie verbreiten über uns Lügen, erdrosseln uns.“

Nun stand Samuel dem furchtbarsten Grauen des Kapitalismus gegenüber. Es ist arg genug, daß die Kapitalisten die Produktionsmittel besitzen, Herr über die Leiber der Arbeiter sind, diese ausbeuten. Aber Herr über die Geister zu sein, den Verstand irrezuführen! Die Menschen daran hindern, den Weg zur Befreiung zu finden! Wahrlich, das ist das größte Verbrechen aller Verbrechen.

„Ich kann es nicht glauben!“ stöhnte Samuel.

Und der junge Rechtsanwalt entgegnete: „Schließen Sie sich uns an, arbeiten Sie eine Zeitlang mit uns, dann werden Sie es selbst sehen.“

## Neun und zwanzigstes Kapitel.

Daheim erwartete Samuel ein neues Erlebnis. Er fand einen gutgekleideten jungen Mann vor, der auf ihn wartete: „Ich heiße

## Ich glaube an die Zukunft

**Ich hab' es mir zum Trost eronnen  
 In dieser Zeit der schweren Not,  
 In dieser Blütezeit der Schuffe,  
 In dieser Zeit von Salz und Brot.**

**Ich zage nicht, es muß sich wenden,  
 Und heller wird die Welt erstehn;  
 Es kann der echte Keim des Lebens  
 Nicht ohne Frucht verlorangehn.**

**Der Klang von Frühlingsgewittern,  
 Von dem wir schauernd sind erwacht,  
 Von dem noch alle Wipfel rauschen,  
 Er kommt noch viel zu spät über Nacht!**

**Und durch den ganzen Himmel rollen  
 Wird dieser letzte Donnerschlag;  
 Dann wird es wirklich Frühling werden  
 Und hoher, heller, goldner Tag.**

Theodor Storm

Pollard, komme vom Lockmanviller „Express“. Ich möchte von Ihnen einiges erfahren.“

„Von mir?“ fragte Samuel verständnislos. „Es handelt sich um ein Interview“, erklärte der junge Mann. „Ich möchte etwas über die geplante Versammlung wissen.“



Derart lernte Samuel das aufregende Erlebnis kennen, das jeder Reformier früher oder später kenneilern. Er saß in Frau Stedmans Wohnstube und berichtete seine Erfahrungen. Herr Pollard war jung, kam eben von der Universität; sein Bleistift flog über das Papier. „Teufel“, brummte er, „das gibt einen schönen Artikel.“

Für Samuel war das Ganze eine Offenbarung. Er staunte darüber, daß er nicht früher auf diesen Gedanken gekommen sei. Welchen Sinn hat es, Versammlungen zu veranstalten und Reden zu halten, wenn man die Zeitungen zur Verfügung hat? Jedermann liest, was in den Zeitungen steht, und auf diese Art können die Leute die Wahrheit erfahren, ein Irrtum ist ausgeschlossen. Außerdem können sie es in Ruhe lesen, nachher überdenken.

Als Herr Pollard sich entfernt hatte, ließ Samuel zu Everly. „Sie brauchen die Flugblätter nicht mehr drucken zu lassen. Ich sagte Herrn Pollard, wann die Versammlung stattfindet.“

Everly lächelte. „Wir wollen ruhig unsere Flugblätter verteilen. Warten Sie ab, was der „Express“ über die Angelegenheit bringt.“

„Wie meinen Sie das?“ Aber Everly wollte nichts erklären, er wiederholte nur, Samuel solle warten. Er war auch gar nicht so aufgeregt, wie er es eigentlich hätte sein sollen.

Samuel begab sich heim. Am Nachmittag, als Frau Stedman ausgegangen war, pochte es an der Tür. Samuel öffnete, sah zu seiner Verwunderung Billy Finnegan vor sich stehen.

„Hallo, junger Mann“, sprach Finnegan.

„Hallo!“

„Ich höre, Sie wollen eine Rede halten.“

„Ja, woher wissen Sie es?“

„Von Callahan. Slattery sagte es ihm.“

„Slattery? Hat der es schon erfahren?“

„Wozu ist er denn Führer der Partei?“

Finnegan blickte sich um und vergewisserte sich, daß sie allein waren. „Sammy, ich kam, um Ihnen einen freundschaftlichen Rat zu geben. Hoffentlich sind Sie vernünftig genug, ihn zu befolgen.“

„Was?“

„Versuchen Sie nicht, die Rede zu halten.“

„Weshalb?“

„Weil man es Ihnen nicht gestatten wird, Sammy?“

„Wie kann man mich daran hindern?“

„Das weiß ich nicht. Jedenfalls aber wird man Sie nicht reden lassen.“

Beide schwiegen. Dann meinte Finnegan: „Was Sie da tun, ist der reine Wahnsinn. Glauben Sie mir, wenn Sie es nicht aufgeben, wird Ihnen etwas zustoßen.“

„Was sollte mir zustoßen?“

„Das kann ich nicht sagen, mein Junge. Vielleicht werden Sie in den Fluß fallen.“

„In den Fluß fallen?“

„Oder Ihr Kopf wird in einer dunklen Nacht mit einem Totschläger Bekanntschaft machen. Ich kann nicht vorhersagen, was geschehen wird, weiß nur eines gewiß: Sie werden die Rede nicht halten.“

Samuel war wie betäubt. „Das kann doch nicht Ihr Ernst sein?“ rief er.

„Freilich ist es mein Ernst. Weshalb denn nicht?“

(Fortsetzung folgt.)

## Christen und Heiden

Die Gesamtbevölkerung der Erde wird gegenwärtig auf zwei Milliarden Menschen geschätzt. Davon gehört nach Berechnungen von Prof. Pearl nur etwas mehr als ein Drittel dem christlichen Glauben an, nämlich 36,9 Prozent, so daß die Gesamtzahl der Christen 682,4 Millionen Menschen beträgt. Von diesen gehören 331,5 Millionen oder 17,9 Prozent der gesamten Menschheit dem römisch-katholischen Glauben an, 144 Millionen oder 7,8 Prozent der gesamten Menschheit sind griechisch-orthodox, wie z. B. die Russen, die Serben, die Griechen, die Bulgaren usw., und 206,9 Millionen oder 11,2 Prozent der Menschheit sind Protestanten. Die christlichen Religionen verteilen sich hauptsächlich auf die zivilisierten Völker aller Erdteile. In Asien dagegen ist die Überzahl der Bevölkerung Nichtchristen. Hier sind sehr menschenreiche Völker, wie die Chinesen, Japaner, Inder, noch nicht dem Christentum gewonnen worden.

Die Gesamtzahl der Nichtchristen der Welt beträgt 62,3 Prozent oder rund 1100 Millionen Menschen. Von ihnen entfallen auf die Anhänger der Lehre des Konfuzius und des Tao rund 350 Millionen oder 19 Prozent der gesamten Menschheit. Die Anzahl der Hindus beträgt 230 Millionen oder 12,5 Prozent, und die Anzahl der Buddhisten wird von Pearl auf 150 Millionen oder 8 Prozent geschätzt. Genaue, bis ins einzelne gehende Zahlen sind schon hier kaum mehr zu erreichen, wenn auch Zählungen hin und wieder durchgeführt werden. Im großen und ganzen aber ist anzunehmen, daß die Zahlen zutreffen. Es handelt sich außerdem um so ungeheure Ziffern, daß einige geringe Abweichungen nach oben oder nach unten keine Rolle spielen.

Die Gesamtzahl der Juden beträgt 15 1/2 Millionen Menschen oder 0,8 Prozent der gesamten Menschheit. Eine recht beträchtliche Anzahl von Menschen huldigt dem Animismus. Das ist die Religion mancher Naturvölker, die alle Dinge und Naturerscheinungen für beseelt halten. Alles Wirken und Geschehen in der Natur wird durch Elementargeister erklärt, die allen Erscheinungen innewohnen. Die Anzahl der Animisten beträgt 135 Millionen.

Der Rest der Menschheit mit ungefähr 275 Millionen Menschen besteht aus Mohammedanern und aus Anhängern von anderen, nichtchristlichen Religionen, von denen es eine große Anzahl gibt. Sie werden nicht einzeln aufgeführt, da sie meist nur über wenige Hunderttausend oder Millionen von Gläubigen verfügen und in der gesamten Religionschichtung der Menschheit nur eine geringe Rolle spielen. Eigenartig ist die Tatsache, daß sich manche Religionen, die über Hunderte von Millionen Anhängern verfügen, nur auf ganz bestimmte Landgebiete erstrecken, wie z. B. die Hindus, die Buddhisten und die Anhänger des Konfuzius. Die größte Ausbreitung in territorialer Beziehung hat die christliche Religion erfahren, da sie sich auf alle fünf Erdteile erstreckt. Auch von dem Buddhismus und anderen Religionen sind in Europa, Amerika, Afrika und Australien Vertreter zu finden, allerdings nur in verhältnismäßig geringer Anzahl. In Berlin z. B. wurde festgestellt, daß hier Anhänger von zwölf verschiedenen Religionen wohnen.

## Allerlei Humor

Ein tüchtiger Geschäftsmann. Im Ortsblatt eines estländischen Städtchens war kürzlich folgendes Inserat eines Tischlermeisters zu lesen: „Wer bei mir einen Sarg für einen Erwachsenen kauft, bekommt einen Kindersarg gratis.“

Dienst am Kunden. In einem kleinen Dorfwirtschaftshaus bei Ingolstadt kam es in der Wahlzeit zu Raufereien. Jetzt hat der besorgte Wirt eine Tafel über dem Schanktisch befestigt: „Bei eintretenden Streitigkeiten bitte ich Tische und Stühle zu schonen. Hinter dem Ofen stehen Knüppel.“



# Heim und Familie



## Vom Umgang mit Kindern

Ganz leise hatte sich die Tapetentür an der Längsseite des Klassenzimmers geöffnet, und unversehens stand der Direktor unter uns. Wir hatten eben Unterricht in Wechsellehre. „Was ist ein Wechsel?“ wandte er sich an die nächstsitzende Schülerin. Wir waren einigermaßen erstaunt über diese einfache Frage, denn der Direktor war dafür bekannt, daß er ungemein knifflig fragen konnte. Was ein Wechsel ist, das war uns schon von der ersten Stunde an so gründlich eingetrichtert worden, daß wir sogar im Schlaf die Antwort hätten sagen können. Die Gefragte begann deshalb in geläufigem Tonfall: „Ein Wechsel ist eine Urkunde, in welcher sich der Aussteller...“ „Quatsch!“ unterbrach sie der Direktor. „Auswendig lernen kann jeder. Sie sollen mir den Wechsel so erklären, als ob ich Ihr sechs-jähriger Bruder wäre.“ Dann wird sich gleich herausstellen, ob Sie nur mechanisch auswendig gelernt haben, oder ob Sie wirklich wissen, was ein Wechsel ist.“ Da hatten wir nun den Salat! Aus der einfachen Frage war nun doch eine komplizierte geworden. Denn zu unserer Verwunderung mußten wir alle feststellen, daß es viel schwieriger ist, einem Kinde etwas zu erklären als einem Erwachsenen. Was wußte zum Beispiel ein sechsjähriger Bub mit dem Wort „Urkunde“ anzufangen? Gar nichts! So begannen wir stockend und scharf überlegend die Antwort zu formulieren: „Ein Wechsel ist ein Stück Papier, und da steht drauf...“

An diese kleine Episode in der Handelsschule mußte ich schon oft zurückdenken, seitdem mein eigenes kleines Mädel sich immer mehr als wandelndes Fragezeichen entpuppt. Wie leicht erscheinen mir oft die verschiedenen Examenfragen in der Schule im Vergleich zu dem, was so ein Kindermund alles wissen möchte. In der Schule ist alles nach Fächern eingeteilt. Unser Kind jedoch fragt kunterbunt alles durcheinander: In der einen Minute erkundigt es sich, aus was man das Wasser macht, und in der anderen möchte es wissen, warum die Häuser von weitem so klein aussehen. Jetzt hat es das Wort „Reichstag“ aufgeschnappt und möchte es erklärt haben, und dann wieder fragt es, was das für eine spaßige Tante sei, die „Hebamme“, weil die immer mit so einem Häubchen und einer schwarzen

Tasche zur Nachbarin kommt. Und wenn wir alle diese Fragen beantwortet haben und erleichtert aufatmen, weil unser Kleinchens sich nun in sein Bilderbuch vertieft, da, wuppich! kann der kleine Denker durchaus nicht verstehen, warum der Elefant einen Rüssel hat und das Nilpferd keinen. — Beim Erwachsenen können wir zudem immer voraussetzen, daß ihm die allgemeinen Begriffe vertraut sind, während wir beim Kinde in dieser Hinsicht meist auf allerhand Schwierigkeiten stoßen. Es ist, um nur ein Beispiel zu nennen, gar nicht so einfach, einem Kinde das Wort „Reichstag“ zu erklären, wenn ihm die Begriffe „Land“ und „Volk“ noch vollkommen fremd sind.

Viele Eltern wischen nun leider alle diese Schwierigkeiten mit einer einzigen groben Handbewegung fort, indem sie sagen: „Sei still mit deiner ewigen Fragerei! Das verstehst du doch noch nicht.“ Die Folge davon ist, daß sich das Kind entweder selbst die Antwort auf alle Fragen zurechtlegt, und da schaut es dann recht kraus und wirr aus in so einem Kinderköpfchen. Oder es geht in Zukunft stumpf und gleichgültig durch die Welt; denn wie soll man noch Interesse haben für etwas, wenn ringsum lauter ungelöste Rätsel sind? Vor allen Dingen jedoch verliert so ein Kind das Vertrauen zu seinen Eltern. Wenn es jetzt mit seinen kleinen Fragen abgewiesen wird, so hat es später auch keinen Mut, mit seinen großen Nöten und Zweifeln zu Vater und Mutter zu gehen, sondern weicht lieber Fremde in sein Innenleben ein. Wie verhängnisvoll das meistens wird, kann man jeden Tag in der Zeitung unter der Rubrik „Jugendtragödien“ lesen.

So wollen wir es also nicht machen, sondern uns im Gegenteil freuen, wenn unser Kind geweckt und wißbegierig ist! Alle Fragen wollen wir ihm beantworten, klar und einfach, mit wenig Worten und vor allen Dingen ohne Lüge. Das heißt deshalb doch lange nicht, daß wir ihm das Leben in seiner ganzen nackten Brutalität zeigen sollen. O nein! Mit Überlegung und Takt lassen sich auch erschütternde Ereignisse und Wahrheiten so schonend mitteilen, daß das kindliche Gemüt keinen Schaden leidet. Will aber so ein kleiner Wissensdurstiger immer tiefer in Geheimnisse eindringen, die sich beim besten Willen von Kindern noch nicht erfassen lassen, so

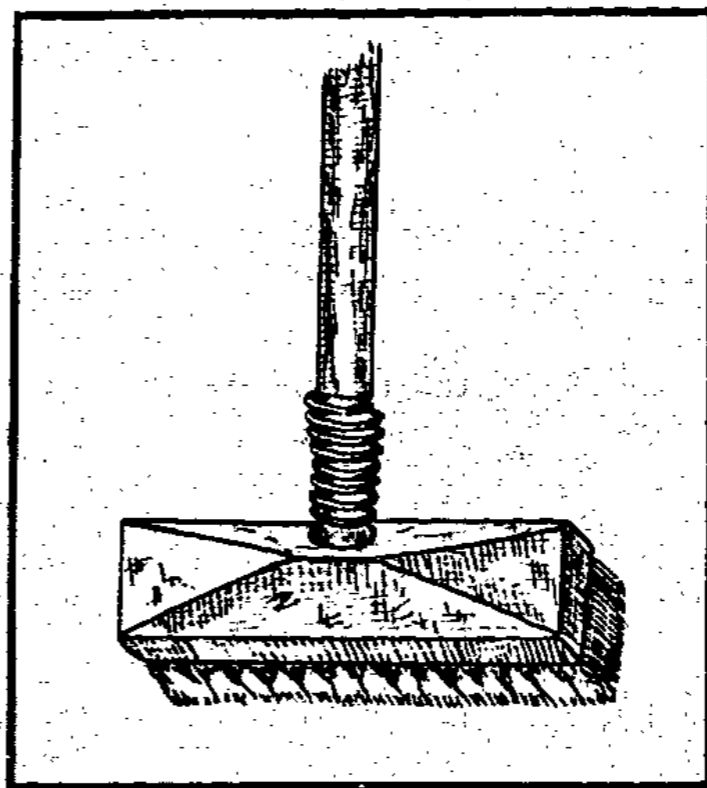
wollen wir freundlich sagen: „Weißt du, in ein paar Jahren hast du wieder viel gelernt, was du jetzt noch nicht kannst; da wirst du auch dies alles besser verstehen können.“

Auf diese Weise wird unser Kind stark und aufrecht ins Leben hineinwachsen, nicht als Träumer, dem die rauhe Wirklichkeit goldene Luftschlösser zerstört. Aber auch uns selber bringt diese Beantwortung von Kinderfragen Nutzen. Wir lernen, den Kern einer Sache in Kürze logisch zu erläutern. Außerdem sind wir geradezu gezwungen, uns immer weiterzubilden. Denn je mehr die Kinder heranwachsen, desto öfter werden sie uns Fragen stellen, deren Beantwortung uns selber Schwierigkeiten macht. Wie hübsch ist es da, wenn Vater mit Feuer-eifer im Atlas einen wenig bekannten Ort sucht, oder wenn Mutter im „Duden“ nach der Erklärung eines Fremdwortes angelt. Das erhält uns geistig jung und elastisch und weitet immer mehr unseren Gesichtskreis.

Marie Schulz.

## Ein neuer Besenstielhalter

Mit einem Besen oder Schrubber, der nicht vollkommen fest auf dem Stiel sitzt, kann die Hausfrau nicht richtig arbeiten. Derartig wackelige Geräte gibt es sehr oft im Haushalt. Da hilft auch kein Nachtreiben von Nägeln, die dauernden Bewegungen



beim Arbeiten mit dem Besen machen den Stiel immer wieder lose. Unsere Abbildung zeigt einen Stiel kurz vor dem Verschrauben mit dem Besen. Auf dem vierkantig angeschlitzten Besenstiel sitzt ein verkupfertes

Eisengewinde, das man mit einigen Schlägen auf einem Stück Holz fest auf den Stiel treibt. Dieses Gewinde ist leicht konisch ausgeführt und wird jetzt mit dem Besenstiel in das Loch des Borstenhalters eingeschraubt. Der Besenstiel läßt sich später mit einer Viertel- oder halben Umdrehung immer wieder „nachziehen“, so daß ein Lockerwerden nie die unangenehmen Folgen einer gewöhnlichen Stielbefestigung mit sich bringen kann. Diesen Halter kann man in den einschlägigen Geschäften kaufen.

## Tricks für die Küche

Die Verringerung der Einnahmen hat Einsparungen an allen Ecken und Enden der Wirtschaft zur Folge. Man kauft nicht mehr die guten Waren, sondern etwas billigere, die natürlich nicht so fein im Geschmack sind. Beim Kaffee hat man ein bequemes und billiges Hilfsmittel, die Qualität zu verbessern. Man mahle den Kaffee wie gewöhnlich und streue dann über diese gemahlene Masse ein kleines bißchen Salz. Selbstverständlich nicht zuviel, damit der Kaffee nicht gesalzen schmeckt. Aber man wird staunen, wie dieser Trick die Qualität des Kaffees verbessert. Vorher hat man schon die Möglichkeit, den guten Duft der Kaffeebohnen lange zu bewahren. Da das Aroma sehr flüchtig ist und leicht verfliegt, so wird jede Hausfrau gern erfahren, dass sie einen Eßlöffel feinen Zucker über die Kaffeebohnen in der Büchse streuen muß, um den guten Duft dauernd festzuhalten.

Angebrannte Emailletöpfe sind unschön und verderben den Geschmack der Speisen, die in ihnen gekocht werden sollen. Andererseits ist es schwer, ohne Verletzung der Emaille die Töpfe zu säubern. Dabei gibt es einen einfachen Trick, durch einen chemischen und von jeder Hausfrau durchzuführenden Vorgang die Flecke zu beseitigen. Man gieße in den Topf Wasser so hoch, wie die Brandflecke reichen. In diesem Wasser löse man drei bis vier Eßlöffel Salz — je nach der Größe der Flecke und des Topfes — auf und lasse diese Lösung über Nacht stehen. Am nächsten Morgen können die Brandflecke leicht mit einem nassen Tuch abgewischt werden.

Verantwortlicher Schriftleiter: H. Scheffler, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

# So sollte es sein!

Jeder in Arbeit stehende Kollege Leser des Fachblatt für Holzarbeiter

Es erscheint jeden Monat und kostet für die Mitglieder des Verbandes je Heft nur 60 Pfennig

Werkzeuge - Abbildung u. d. Preisliste gratis. Karl Remus, h. P. 12, Kasense.

Leinwand, Familienböcke. Fabrikant als Spezial-Preis, gratis. Preis für Stempeln, P. 12, Kasense 12.

Geräte - Süddeutsche. 50 Jahre 55 Mark.

Werkzeug - Neuheiten! Preisliste gratis und franko. OTTO BERGMANN.

BEHM - LINDENBERG - WESL.

Allen Kollegen! Werkzeuge - Preisliste gratis. Hagen 104 T. W.

Waschwaren - Hygienisch Artikel Preisliste 0 gratis. Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 8.

FORDERN SIE den neuen Lehrplan der Tischlerfachschule Blankenburg (Harz) an. Die moderne Ausbildung für den weiterstrebenden Tischler.

Kauf Qualitäts-Werkzeuge nur bei der Werkzeugfabrik M. Bissinger, Nürnberg. Besteht seit 1850. Volle Garantie - Verlangt neuen Katalog H. Koenigs.

Aug. Jeß, Buch-Nr. 152345, sende Deine Adresse wegen Todesfall a. d. Verwaltungsstelle Kiel.

## Hobelbänke 50 RM.

2mlang, Stahlspindel, kompl., la Qual. Blatt la gedämpft, Rotbuche, Garantie.

Soeben erscheint das Jahrbuch 1931

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Preis gebettet . . . 3,50 Mk. In Leinen geb. . . 4,50 Mk.

KOLLEGEN, die sich über die im Krisenjahr 1931 geleistete Arbeit unseres Verbandes unterrichten wollen, kaufen es zum Vorzugspreis von 1,50 Mk. für das geheftete u. 2,50 Mk. für das in Leinen gebundene Exemplar.

Bestellungen nehmen alle Verwaltungsstellen entgegen

## SONDERANGEBOT!

Von den Sonderheften

## Die Bildhauerei

steht ein Posten einzelner Hefte zur Verfügung, die an Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes zum **Ausnahmepreis von 1,20 Mk.**

für das einzelne Heft abgegeben werden sollen. Zu diesem Preise können die Verwaltungsstellen des Verbandes die folgenden Hefte beziehen:

- Heft 6 und 7 von 1926
- Heft 3 von 1929
- Heft 2, 3 und 4 von 1927
- Heft 1 von 1930
- Heft 2 von 1928

Jedes Heft, in sich abgeschlossen, ist ein steter Born der Freude für jeden Liebhaber der Kunst. Die Lieferung zum Vorzugspreis erfolgt nur, solange die vorhandenen Bestände reichen.

Der reguläre Preis wird hierdurch nicht aufgehoben!

VERLAGSANSTALT des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H. Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2